

werden können. Zum einen beschleicht einen das Gefühl, dass der Autor die Rolle der „westlichen Medien“ (ohne Differenzierung!) bei der „Vampirisierung“ und Stigmatisierung der Serben leicht überbewertet. Zum anderen läuft der Autor mit seinem Hang zur Metaphorisierung und Literalisierung, die seine Kapitelüberschriften bereits verraten (*Sounds of Blood, Violence in Translation*), Gefahr, sich von den wahrhaft geschehenen Verbrechen in abstrakte und ästhetische Räume zu entfernen.

Gerade der Beitrag Longinovićs zur Rolle der Populärmusik in den Jugoslawien-Kriegen, in dem er die Idee eines Volksgesichts bis zu Dvorniković und Herder zurückverfolgt, ist, obwohl brilliant geschrieben und mitreißend zu lesen, so ein Fall. Allerdings handelt es sich hierbei im Grunde um eine adaptierte Version seines Artikels „*Music Wars: Blood and Song at the End of Yugoslavia*“, der bereits im Jahr 2000 erschien – ein Umstand, auf den der Buchautor mit keiner Silbe und keinem Literaturverweis eingeht. Angesichts von teils wörtlich übernommenen Zitaten aus dem zuvor erwähnten Artikel kein besonders gutes Zeugnis für korrektes wissenschaftliches Arbeiten. In dieses Bild reiht sich auch die Fotoauswahl des Bandes ein, die man durchaus als befremdlich bezeichnen kann. Die wenigen Schwarz-Weiß-Fotografien stehen zwar in einem vagen illustrierenden Verhältnis zum Text, haben aber überwiegend einen unklaren heterogenen Ursprung, stammen aus dem Internet und sind zu meist mit unpräzisen, im journalistischen Duktus gehaltenen Bildunterschriften versehen.

Literatur

- ČOLOVIĆ, Ivan (2011): *Kulturterror auf dem Balkan – Essays zur Politischen Anthropologie*. Osnabrück.
- GORDY, Eric (1999): *The Culture of Power in Serbia – Nationalism and the Destruction of Alternatives*, University Park.
- HALILOVIĆ, Hariz (2013): *Places of Pain – Forced Displacement, Popular Memory and Trans-local Identities in Bosnian War-torn Communities*. Oxford, New York.
- LONGINOVIĆ, Tomislav (2001): „*Music Wars: Blood and Song at the End of Yugoslavia*“. In: Ron Radano, Phil Bohlman (eds.): *Music and Racial Imagination*. Chicago: University of Chicago Press. 622–643.

Halle (Saale)

ECKEHARD PISTRICK

ELTON SKENDAJ: *Creating Kosovo: International Oversight and the Making of Ethical Institutions*. Washington D.C.: Cornell University Press, Woodrow Wilson Center Press 2014. 248 S. ISBN 978-0-8014-5294-9.

Nicht wenig nimmt sich der Autor vor, wenn er nicht nur die „Erschaffung“ des Kosovo, sondern auch die Entwicklung ethischer Institutionen unter internationaler Aufsicht dort analysieren will. Damit wird gleich im Titel und Untertitel deutlich, was die Absichten des Buches sind. Der Autor, der internationale Politologie in Miami lehrt und im „Woodrow Wilson International Center for Scholars“ arbeitete, will diese Sachverhalte sowohl theoretisch analysieren als sie auch in ihrer Praxis im Kosovo beurteilen. D.h., das Buch ist zugleich eine politologische Theorieentwicklung sowie eine empirische Untersuchung zur Effektivität und Effizienz von staatlichen

Institutionen (Zoll, Polizei, allgemeine Staatsverwaltung und Judikate) und Demokratie im Kosovo.

Das Werk ist kurzweilig und klar. Es gibt einen sehr guten Einblick in die Entwicklung kosovarischer Institutionen nach der Unabhängigkeitserklärung des Landes im Jahr 2008. Es geht auf die verschiedenen Aspekte der lokalen Akteure im Umgang und Austausch mit den internationalen Präsenzen im Kosovo ein. Es vermittelt auch vieles Wissenswerte über die Zeit des „UNMIK-Protectorats“, d.h. über die Jahre 1999–2008, in denen das Kosovo formal noch ein Teil Serbiens war, aber unter die Sonderverwaltung einer Mission der Vereinten Nationen gestellt wurde. Diese Auseinandersetzung ist wichtig, denn die meisten Institutionen des unabhängigen Kosovo wurden im UN-Protectorat formiert. Auch die Idee einer „begleiteten“ Unabhängigkeit stammt aus dem UN-Protectorat.

Das Buch ist angenehm kurz, ohne zu kurz zu sein. Sehr fokussiert schreibend, behandelt der Autor alle wesentlichen Aspekte in nur sechs Kapiteln, deren Überschriften gleich Angaben über ihre Inhalte sind. Das erste Kapitel handelt vom Aufbau effektiver Verwaltungstechniken und der Verbreitung demokratischer Ideen. Im zweiten geht es um den institutionellen Aufbau angesichts der umstrittenen Staatsqualität und abgestrittenen Unabhängigkeit. Das dritte Kapitel widmet sich den Risiken, zum Beispiel die Klientelverhältnisse, die dürftigen Kapazitäten auf lokaler Ebene sowie die Gefahr des asymmetrischen Machtgefüges zwischen lokalen Behörden und der internationalen Aufsicht. So kommt das vierte Kapitel auf die Unabhängigkeit der Institutionen zu sprechen. Im fünften steht die Demokratie an sich im Mittelpunkt und wie das kosovarische Volk dafür zu mobilisieren ist. Das sechste Kapitel schließt mit der Frage ab, wie Volksgruppen gewonnen werden können, die politisches Interesse an der Stärkung der staatlichen Institutionen und der Demokratie haben.

Die Hauptthesen SKENDAJs lassen sich schnell zusammenfassen: In einem durch Klientelismus geprägten Kontext sind Demokratisierung und Aufbau staatlicher Institutionen zwei separate Prozesse. Der Institutionenaufbau funktioniert am besten, wenn die aufzubauende staatliche Verwaltung von den Funktionsweisen der Demokratie separiert wird und unter ständige internationale Aufsicht gestellt wird. Dies macht sie immun gegenüber der Durchsetzung einzelner Interessen oder ihrer Besetzung durch Interessensgruppen. Die Demokratie hingegen soll weitgehend den lokalen Kräften überlassen werden, da die verschiedenen Klientelverhältnisse bereits einen wettbewerblichen Charakter aufweisen. Die internationale Aufsicht sollte hier darauf fokussieren, Partizipation und die Entwicklung einer Opposition zu ermöglichen. Für die lange Frist seien „Zivilgesellschaft“ und Medien notwendig, um beides zu überwachen.

Mit diesen Thesen befindet sich der Autor teilweise im Widerspruch zur herrschenden Meinung. In der Entwicklungstheorie gilt das Paradigma, wonach „local ownership“ bessere Ergebnisse fördert als direkte Intervention durch internationale Aufsicht. Skendaj zeigt, dass dies nicht immer der Fall ist. Beispielsweise ortet er insbesondere in der Judikative die Bewirtschaftung von lokalen Einzelinteressen und sagt, mehr internationale Durchsetzung sei durchaus geboten gewesen. Er zeigt aber auch positive Beispiele, so die Polizei und die Zollbehörde. Diese funktionieren aber nur, weil sie vom politischen Prozess „insuliert“ wurden. Das Besondere und Interes-

sante bei Skendaj ist die Tiefe, mit der er diese Thesen behandelt. Statt im Allgemeinen zu verweilen, geht er dem Einzelfall empirisch nach und recherchiert offizielle Dokumente, Zeitungsberichte und Augenzeugenerzählungen.

Ebenfalls positiv zu werten ist das Gesamtbild, das der Autor zu vermitteln versucht. Ihm geht es nicht um das Scheitern des einen oder anderen Akteurs, sondern um den Aufbau von Institutionen und um die Umsetzung von Demokratie an sich. Doch dem Autor können auch Mängel in seiner Untersuchung vorgeworfen werden:

Erstens bleiben einige Begriffe unklar. Er definiert nicht umfassend, was „ethische“ Institutionen sind. Er scheint Ethik mit Unparteilichkeit zu identifizieren. Während dies durchaus stimmen kann, ist die Frage aufzuwerfen, ob Ethik lediglich Unparteilichkeit bedeutet oder darüber hinausgeht. Für Skendajs These besonders wichtig: In einem umfassenden Sinne würde gerade die (philosophische) Ethik gebieten, dass die Institutionen parteilich sind und Abstand vom juristischen Regelwerk nehmen, wenn die ethische Abwägung dies von ihnen im Einzelfall verlangt. Unter Rechtsphilosophen ist weitgehend unbestritten, dass ethisch handelnde Entitäten dem Gesetz widersprechen können, wenn die Regel unethisch ist oder unethische Auswirkungen hat. Für Skendaj hingegen ist die Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen gerade einer der Faktoren, welche die Ethik von Institutionen ausmacht. Darin befindet er sich also in einem potenziellen Widerspruch, der aus dem wenig reflektierten Begriff des Ethischen stammt. Ebenso lässt er den Leser im Unklaren darüber, was genau die internationale Aufsicht ist, welche Aufgaben sie hat und wie sie im Inneren funktioniert. Im Kosovo gibt es nicht eine Institution, welche die internationale Aufsicht darstellt, sondern eine Reihe davon. Diese Institutionen verfolgen zum Teil sogar konträre Ziele.

Zweitens und basierend auf der nicht immer zulänglichen Reflexion der eigenen Forderungen befindet sich Skendaj in einem anderen Widerspruch. In den Klientelverhältnissen, die im Kosovo vorhanden sind, ortet er ein negatives Potenzial für die Entwicklung effektiver Institutionen. Er fordert aber auch den langfristigen Ausbau des „zivilgesellschaftlichen“ Netzes und der Medien als Aufsicht über diese Institutionen. Nun können „zivilgesellschaftliche“ Akteure und die Medien genauso politischen Druck ausüben, wie dies bei Klientelverhältnissen der Fall ist. Das ist so, weil es sich im Grunde um das gleiche Phänomen handelt, um die Durchsetzung von (aus subjektiver Optik legitimen) Interessen durch eine Subgruppe der Gesellschaft. Ob die Verwaltung oder das Parlament nun spezifisch die Interessen eines Dorfes bedient oder jene des Umweltschutzbundes oder jene des Industrieverbandes oder handelt, weil eine bestimmte Zeitung Postulate aufstellt, ist nebensächlich. Diesem Missverständnis („Klientelismus, schlecht; Zivilgesellschaft, gut“) verfällt der Autor, weil er zu wenig differenziert, was eine „Zivilgesellschaft“ ist und zu wenig auf die Interessen der Medien eingeht. Das soll freilich nicht bedeuten, „Zivilgesellschaft“ und Medien seien problematisch in einer Demokratie. Im Gegenteil, sie können förderlich sein. Doch die Frage ist, *wie* sie eine positive Kraft sein können; darauf geht Skendaj aber nicht ein.

Diese Fehler und Unschärfen können großzügig entschuldigt werden. Skendaj macht nicht den Eindruck, das große Werk geschrieben haben zu wollen. D.h., der Leser, der sich mit dieser Thematik auseinandersetzt, wird auf mehrfache Literatur zurückgreifen müssen. Der Autor empfiehlt die Literatur gerade selber, indem er

vielfältige Angaben und Bezüge im Text herstellt. Das Buch ist also als erster Einblick in den Institutionenaufbau des Kosovo gerade wegen seiner Abweichung von der herrschenden Meinung, aber auch wegen seinen empirischen Untersuchungen sehr empfehlenswert.

Bern

HENRIQUE SCHNEIDER

HILDRUN GLASS: *Deutschland und die Verfolgung der Juden im rumänischen Machtbereich 1940–1944* (= Südosteuropäische Arbeiten, Bd. 152). München: Oldenbourg 2014. 303 S. ISBN 978-3-486-72293-2.

Die bereits durch zahlreiche Publikationen ausgewiesene Expertin des Themas „Juden in Rumänien“, Hiltrun GLASS, präsentiert mit der vorliegenden Monographie eine quellengestützte Studie zu den deutsch-rumänischen Beziehungen bezüglich der Behandlung der „Judenfrage“ während der Zeit der Legionärs- und Antonescu-Herrschaft. Glass stellt sich darin selbst die Aufgabe, mögliche Einflussnahmen des nationalsozialistischen Deutschlands im Kontext der antisemitischen Maßnahmen Rumäniens zu eruieren (S. 10). Kapitel zwei bietet dem Leser zunächst eine Einordnung in die historischen Rahmenbedingungen des Themas und veranschaulicht, welche unterschiedlichen deutschen Behörden und Organisationen versuchten, Einfluss auf das Handeln der rumänischen Regierung zu nehmen. Hier zeigt sich jener für das NS-Regime typische Polykratismus, der eine klare Zuständigkeitsabgrenzung bewusst unterließ und das dadurch entstehende Konkurrenzverhältnis verschiedener Ministerien und Abteilungen als Teil der inner-nationalsozialistischen Machtbalance gebrauchte. Letztendlich kommt Glass zu dem Ergebnis, dass die aus Deutschland nach Rumänien entsandten Berater zur „Lösung der Judenfrage“, gemessen an deren Aufgabenstellung, scheiterten (S. 36f.).

Dieser Erkenntnis liegt ein breites Spektrum unterschiedlicher Quellenüberlieferungen zugrunde, welche die Autorin ausführlich auswertet und teilweise anderen Überlieferungen gegenüberstellt. Besonders positiv hervorzuheben ist ihre kritische Distanz zu Überlieferung beteiligter Personen. Indem sie deren Nachkriegsaussagen den noch vorhandenen Quellen aus der Antonescu-Zeit gegenüberstellt, bietet sich dem Leser ein detailreiches Bild nicht nur über die Vorgänge bis 1944, sondern ebenso darüber, wie in der Nachkriegszeit versucht wurde, das eigene Handeln zu bagatellisieren.

Glass gliedert ihr Buch in drei große Abschnitte, die die unterschiedlichen Epochen in der Behandlung der rumänischen „Judenfrage“ unterscheiden sollen. In den Jahren 1940/41 wird deutlich, dass die antisemitischen Maßnahmen Rumäniens vor allem auf Druck der Legionärs-Bewegung zustande kamen und dass man sich bei der Umsetzung an den antisemitischen Gesetzgebungen des Dritten Reiches orientierte. Manche derartige Maßnahmen erfolgten dabei auf Initiative der deutschen „Judenberater“, andere wiederum entstanden losgelöst von diesen. Gerade die folgenschweren und teilweise chaotischen Deportationen von Juden aus Bessarabien, der Bukowina und dem eroberten Transnistrien haben laut Glass ihren Ursprung bei Ion Antonescu, der noch hoffte, die ins östliche Transnistrien ohne jede Versorgung deportierten Juden später den Deutschen „übergewen“ zu können.